

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/76

Bonn, den 14. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Konfuse Sozialpolitik der CDU

32

Verspätete Versuche zur "Wahrung des Gesichts"

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

3

Schon das Ende ?

36

Die Leidenstationen der Gesamtdeutschen Partei

4 - 5

"Ihr Deutschen habt euch verändert"

59

Offens Worte einer Besucherin aus Israel an die Berliner

5

Funkenloses Kreuzfeuer

2

Blasser "Report"

6

Kalter Krieg auf kurzer Welle

46

In Afrika bahnt sich ein Wellenwettbewerb an

Von Wilhelm Wehner

Chefredakteur Günter Markscheffel

Konfuse Sozialpolitik der CDU

Verspätete Versuche zur "Wahrung des Gesichts"

Von Prof. Dr. Ernst Schellenberg, MdB

Seit jcher ist die Sozialpolitik der CDU nicht besonders überlegt und wenig fundiert. Was sich die CDU aber neuerdings auf den Gebieten der Sozialpolitik leistet, stellt einen Höhepunkt an Konfusion dar.

Kostenbeteiligung: Salto statt "Kernstück"

Nach chaotischem Hin und Her mit dem sogenannten "Sozialpaket" einigte sich schließlich die CDU/CSU-Fraktion am 4.2.1964 auf einen von Bundesarbeitsminister vorgeschlagenen Kompromiss. Das Entscheidende an dieser neuen Konzeption war ein Verzicht auf die Pläne zur Kostenbeteiligung bei ärztlicher Behandlung für Versicherte mit einem Einkommen unter 1.250 DM und die Änderung der paritätischen Beitragzahlung in einen 3/5 Versicherten- und 2/5 Arbeitgeberanteil.

Das bedeutet, da man seit Jahren die Kostenbeteiligung zum "Kernstück" der Krankenversicherungsreform gemacht hatte, ein Salto. Aber schließlich war es ein letzter Versuch, das Sozialpaket als sozialpolitischen Schwerpunkt dieser Legislaturperiode wenigstens pro forma zu retten.

Jetzt hat sich der Bundesarbeitsminister die Sache offenbar wieder anders überlegt. In einem Interview erklärt er:

- * "Der Patient soll sich in Zukunft, ungeachtet aller bisherigen Proteste, an den Arztkosten beteiligen. Es soll
- * jedoch eine neue Form dieser Kostenbeteiligung gefunden
- * werden..."

Ein solches Verhalten kann nur Kopfschütteln hervorzurufen. Herr Blank hat wie kein anderer die Kostenbeteiligung zu einer Frage der Weltanschauung gemacht, dann gab er über Nacht seine Grundkonzeption auf, und jetzt will er flugs "eine neue Form dieser Kostenbeteiligung" suchen. Ein derartiges Vorgehen hat nichts mehr mit sinnvoller Politik zu tun, es ist, wie der Volksmund sagt "Kasperletheater".

Die "Ruf-Kommission" ...

Was nun die CDU/CSU-Fraktion betrifft, so hätte sie ihre revidierten Vorstellungen zur Krankenversicherungsreform unverzüglich als Anträge in den zuständigen Bundestagsausschüssen einbringen müssen, zumal inzwischen einer der drei "eine unbedingte Einheit" bildenden Gesetzentwürfe, das Kindergeldgesetz, verabschiedet worden ist. Doch anstatt ihre sozialpolitischen Kräfte darauf zu konzentrieren, den Wirrwarr mit dem "Sozialpaket" so oder so zu beseitigen, schafft die CDU eine neue Konfusion. Plötzlich wurde die Kommission des CDU-Abgeordneten Ruf, die sich seit dem Jahre 1960 mehr oder weniger intensiv den Härten der Rentenversicherung widmet, aktiviert.

... und die Finanzlage der Rentenversicherung

Bisher hat die CDU stets alle Vorschläge zur Beseitigung von Härten und Ungereimtheiten der Rentenversicherungs-Neuregelungsgesetze unter Hinweis auf die Finanzlage der Rentenversicherung abgelehnt. Die CDU hat sich dabei auf die versicherungstechnischen Bilanzen der Rentenversicherung per 1.1.1959 gestützt, die dem Bundestag im September 1962 vorgelegt wurden. Bekanntlich heißt es in diesen Bilanzen u.a.:

- * "Wollte man weder den Beitragssatz noch der allgemeinen Bundeszuschuß erhöhen, im übrigen aber die Art des Leistungssystems grundsätzlich aufrechterhalten, so wäre man - wie aus den Bilanzergebnissen leicht zu errechnen ist - gezwungen, im ersten Deckungsabschnitt alle Renten um 5 Prozent zu kürzen ..."

Lange Zeit hat die SPD vergeblich gefordert, daß diese Bilanzen im Sozialpolitischen Ausschuß des Bundestages gründlich beraten werden, um auf diese Weise Klarheit über die finanziellen Zusammenhänge der Rentenversicherung zu schaffen. Nun ist endlich mit der Beratung der Bilanzen begonnen worden. Am 13. 2. und am 3. 3. 1964 wurden zu den Bilanzen Sachverständige gehört. Es hat jedoch noch keinen Gedankenaustausch über die Stellungnahme der Sachverständigen im Ausschuß gegeben und auch die Bundesregierung konnte sich noch nicht zu den Darlegungen der Sachverständigen äußern.

Hilferuf aus Esslingen ?

Obwohl somit finanzwirtschaftlich noch alles im Fluß ist, kümmert die CDU heute nicht mehr das, was sie gestern über die Finanzlage der Rentenversicherung erklärt hat. Ohne nur ein Wort über die Finanzprobleme der Rentenversicherung zu verlieren, bringt jetzt die "Ruf-Kommission" völlig unangereifte "Vorschläge über die Beseitigung von Härten der Rentenreform" heraus. Es handelt sich dabei zweifellos um einen Versuch, von dem Durcheinander, in das man mit dem "Sozialpaket" geraten ist, abzulenken. Die Fragen unserer Rentenversicherung sind zu bedeutsam, als daß sie zum Ablenkungsmanöver für Schwierigkeiten mit dem "Sozialpaket" und vielleicht noch zu einem kleinen Wahlmanöver für Baden-Württemberg auch Herr Ruf kommt aus Esslingen? - mißbraucht werden dürfen.

In der Rentenversicherung kommt es jetzt darauf an, daß die Bundesregierung die 2. versicherungstechnischen Bilanzen, die lt. Gesetz per 1.1.1961 zu erstellen sind, unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften vorlegt. Die Bundesregierung hat dabei die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse zu berücksichtigen und sollte, wenn möglich, ihre pessimistischen Prognosen aus der 1. Bilanz korrigieren.

CDU-Sozialpolitik nicht aus einem, sondern aus fließendem Guß

Die Schaffung klarer Verhältnisse über die finanziellen Zusammenhänge der Rentenversicherung ist eine wichtige Voraussetzung für alle Schritte, die auf dem Gebiete der Rentenversicherung notwendig sind. Es handelt sich dabei um eine fundamentale Verpflichtung, die gegenüber den Rentnern aber auch den Beitragssählern erfüllt werden muß.

Im übrigen ist es von der CDU unverantwortlich, neben den noch immer unklaren Vorstellungen über das "Sozialpaket" ein zweites unangegorenes Projekt "Härtennovelle der Rentenversicherung" zu setzen und gleichzeitig drittens zu erklären, es solle durch eine Sozialenquete "eine Sozialpolitik aus einem Guß" geschaffen werden.

Schon das Ende ?

Die Leidenstationen der Gesamtdeutschen Partei

sp - Noch während die Gesamtdeutsche Partei, das Produkt des Zusammenschlusses von SED und Deutscher Partei, auf ihrem Parteitag in Schwetzingen darüber beriet, welchen Weg sie in Zukunft einschlagen soll, erfolgte der Austritt des Vorsitzenden der GGP des Landesverbandes Baden-Württemberg, Fünf Mitglieder des Landesvorstandes und vier Kreisvorsitzende folgten seinem Beispiel. Die Begründung: Die Aufstellung zahlreicher DRP-Funktionäre als Landtagskandidaten der Gesamtdeutschen Partei habe zu schweren Auseinandersetzungen im Landesvorstand und in vielen Kreisverbänden geführt. Sie, die Ausgetretenen, wollen sich nicht der Täuschung der Anhänger und Wähler schuldig machen.

Der Austritt von Spitzenfunktionären kommt wohl einem Todesurteil für eine Partei gleich, für die es in der Bundesrepublik keine Existenzberechtigung mehr gibt. Der Abtrübkungsprozess beschränkt sich ja nicht nur auf Baden-Württemberg. Mit Ausnahme von Hessen gelang es dieser Partei in keinem Bundesland, die Hürde der Fünf-Prozent-Klausel zu überwinden. Sie verfügt zwar noch über einen verhältnismäßig großen Mitgliederstamm, doch geht von ihm keine ausstrahlende politische Wirkung aus. Der Führungskreis, soweit man überhaupt noch von einem solchen sprechen kann, ist ineinander zerfallen und miteinander zerstritten. Generäle ohne Anhang versuchten und versuchen Anschluß an die bestehenden großen Parteien zu bekommen, allerdings mit wenig Erfolg.

Der Streit, der nun durch die stark gelichteten, ja schon in Auflösung befindlichen Reihen geht, ähnelt einem Schattenboxen. Die letzten Kämpfer sehen in einem Zusammenschluß mit der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei noch eine Chance politischer Aktivität. Sie wollen, gestützt auf diesen Anhang, das Risiko einer Beteiligung an der fünften Bundestagswahl eingehen und die etwas nebulöse politische Plattform soll, wie Frank Seikoth, der Bundesausschußvorsitzende, es formulierte, eine aktive, auf die Wiedervereinigung gerichtete Ostpolitik sein. - Was ist darunter zu verstehen? Es fielen während des Parteitages Bemerkungen in der Richtung, es müssen Tatsachen und Fakten geschaffen werden, die die Sowjetunion zwingen sollen, ihr Faustpfand Mitteldeutschland preiszugeben. Diejenigen, denen solches vorschwebt, wissen wohl nicht, daß sie damit den Weg des politischen Abenteuerertums beschreiten würden. Zum Glück wird ihnen keine Resonanz in unserem Volk beschieden sein.

"Ihr Deutschen habt euch verändert"

Offene Worte einer Besucherin aus Israel an die Berliner

Eine Teilnehmerin an der israelischen Delegationsreise nach Berlin hat den folgenden offenen Brief, in dem sie sich an alle Deutschen guten Willens wendet, an den TELEGRAF gesandt. Die Gruppe hatte Berlin auf Einladung des Senats in den Ostertagen besucht und befindet sich gegenwärtig zum Anschluß der Reise in München.

"Meine Reise nach Berlin liegt nun hinter mir; 10 Tage des Nachdenkens und des Suchens. Wenn mir jemand vor ein paar Jahren gesagt hätte, daß ich Deutschland besuchen würde, hätte ich darüber nur lachen oder meine Empörung ausschreien können. Ich war ganz und gar gegen solche Kontakte. Deutsche Menschen zerstörten mein Leben; möge nun ihr Leben - Gott helfe mir - zerstört werden; dachte ich damals.

Ich möchte gleich darauf hinweisen, daß ich weder im Namen unserer Reisegruppe noch irgendeiner Partei spreche. Ich spreche in meinem eigenen Namen und im Namen des Berufes, den ich ausübe. Ich bin eine Kindergartenerzieherin, und es mag sein, daß dieser Beruf dazu beigetragen hat, meine Meinung zu ändern.

Ich lehre meine Kinder, zu lieben und zu verstehen. Ich lehre sie weder Haß noch Schuldgefühle. Ich unterweise ihre Eltern, mir zu danken, daß aus ihren Kindern erwachsene Menschen werden, erfüllt von Gedankenfreiheit, verantwortlich für ihr Handeln und Fühlen.

Ein Lehrer ist kein guter Lehrer, wenn er nicht zuerst zu eigenen Ansichten und Forderungen an sich selbst gelangt. Hier liegt der Grund dafür, daß ich mich dazu entschlossen habe, dem geschlagener deutschen Volk im Rahmen meiner bescheidenen Möglichkeiten zu helfen, ein neues Deutschland zu schaffen, frei von Schuld und beseelt vom Aufbauwillen im Hinblick auf eine bessere Welt.

Die besten und begabtesten Kräfte werden gebraucht, die sich in Deutschland dieser schwierigen und außerordentlich bedeutenden Aufgabe widmen. Sie müssen die Erzieher der neuen Generation sein, in der die führenden Kräfte von morgen heranwachsen. Man beginnt jeden Bau mit dem Fundament. Je tiefer und fester es gegründet ist, desto höher, kräftiger und stolzer wird sich der Bau zum Himmel erheben.

Es war vielleicht ein wunder Punkt in der deutschen Erziehung, daß die Kinder dazu angehalten wurden, alles zu befolgen, wozu auch immer man sie aufforderte. - Zu wenig Handlungs- und Gedankenfreiheit und somit auch keine Verantwortlichkeit. Natürlich war das eine der grundlegenden Gefahren.

Jetzt aber ist die Vergangenheit tot, tot und begraben unter Millionen und aber Millionen von Toten. Der neuen Generation ist daraus kein Vorwurf zu machen. Ihre Hauptaufgabe ist es, so etwas nicht wieder geschehen zu lassen! - Nicht um der Juden, auch nicht um ihrer selbst, sondern um ihrer eigenen Kinder willen.

In der Geschichte jedes Landes gibt es einen dunklen Punkt, der eine glänzende und schöne Vergangenheit überschattet und trübt. Es ist nun an euch Deutschen, an jedem von euch, diesen dunklen Punkt zu be-

14. April 1964

seitigen und allen Menschen zu zeigen, daß ihr für eine neue und bessere Welt kämpfen wollt. Nicht als verbitterte, von Haß- und Schuldgefühlen gepeinigten Menschen, sondern als Schaffende, die sich ständig bemühen, es in Zukunft besser zu machen. Laß jeden einzelnen bei euch, bei uns und in der ganzen Welt alles tun, Unstimmigkeiten zu bereinigen und freudig den richtigen Weg zum inneren und äußeren Frieden zu suchen.

In Deutschland konnte ich eine große Änderung bemerken. Man löst sich offenbar von alten Vorstellungen. Ich verlasse jetzt Berlin, und es hat sich auch etwas in mir geändert. Deshalb kann ich euch heute ohne Ressentiments grüßen: Schalom - das heißt auf deutsch: Friede mit euch.

gez. Sylvia Yaccy

+ + +

Punkerloses Kreuzfeuer

Blasser "Report"

so - "Report", nach dem Abgang seines jahrelang verdienten Chefs Helmut Hammerschmidt nach Bonn jetzt föderal dreigeteilt, begann seine Kölner Sub-Premiere-Sendung des Ersten Fernsehens mit einem sogenannter Gag, der kein Gag ist. Als "Kreuzfeuer" angekündigt, um Leute, die im Rampenlicht sind "oder sich dahin drängen", kurzweilig und interessant auf Herz und Nieren zu befragen, stellte es sich als eine kaum bemerkenswerte Variante von "Unter uns gesagt", "Journalisten fragen - Politiker antworten" und ähnlicher Sendungen dar, die unseren Bedarf an derlei Frage-Antwort-Spielen ausreichend decken.

Nun ist, zugegebenermaßen, der nur in knappen Dosierungen temperamentvolle und schlagfertige Bundeskanzler ein nur unzulängliches Objekt-Subjekt solcher Fragekünste. Aber trotzdem und unter uns gesagt: Von "Kreuzfeuer" war auch nicht im entferntesten die Rede.

Diese absolut funkenlose Erstlingsserdung, die sich in einem adäquat einfallloser Quer-durch-den-Gemüsegarten-Stammtischgespräch erschöpfte, mahnt zu einer eindringlichen Warnung an die verantwortlichen TV-Männer, die Geduld des Zuschauers nicht zu überstrapazieren und "Report" nicht völlig uninteressant zu machen. An nichts stirbt man am Fernsehschirm schneller als an Langeweile.

+ + +

Kalter Krieg auf kurzer Welle

In Afrika bahnt sich ein Wellenwettstreit an
Von Wilhelm Wehner

Die politische Entwicklung Afrikas hat in den letzten zwei Jahren zu einer völligen Veränderung auf dem Gebiete des Informationswesens geführt. Die einzelnen afrikanischen Staaten sind zunehmend damit beschäftigt, die innere Ordnung aufrechtzuerhalten. Politisch in verschiedenen Richtungen tendierende Gruppen konspirieren gegen den Staat, rivalisieren aber auch untereinander, um die Macht im Staat an sich zu reißen. Die Gewerkschaften haben sich durch eine entwicklungshemmende Lohn- und Sozialpolitik ebenfalls in einen Gegensatz zu den Regierungen gebracht.

Schließlich beginnt gegenwärtig ein Rückstrom von Afrikanern, die in Moskau, Peking, Prag und Ost-Berlin langfristig ausgebildet, also kommunistisch beeinflusst wurden. Ihr klarer Auftrag besteht darin, in den Entwicklungsländern Unruhe zu stiften, revolutionäre Bewegungen in Gang zu bringen, um auf diesem Wege die Macht in den einzelnen Staaten an sich zu reißen. Staatskrisen und drohende Staatsstreichs sind die Folgen.

Dies alles hat in einigen afrikanischen Ländern dazu geführt, daß eine scharfe Kontrolle einsetzt, die sich sogar auf die Tätigkeit ausländischer Korrespondenten erstreckt. Auch die örtlichen Rundfunkstationen wurden bis auf wenige Ausnahmen gleichgeschaltet. Pressefreiheit in europäischem Sinne existiert kaum noch. Das hat zur Folge, daß eine verstärkte Tätigkeit ausländischer Rundfunkstationen einsetzt, die ihre Richtstrahler auf afrikanisches Gebiet richten. Schon jetzt ist vor auszusehen, daß der Ostblock seine Propagandatätigkeit mehr und mehr auf den Rundfunksektor verlegen wird.

Die Relaisstation in Mogadischu, der Aufbau eines verstärkten Senders von Radio Berlin International in Königswusterhausen, neue Sender in Rußland und China deuten darauf hin, daß in den nächsten beiden Jahren mit einer stark östlichen Propagandawelle in Afrika gerechnet werden muß. Aber auch Amerika und England treffen Vorkehrungen, um in diesem Propagandawettlauf mithalten zu können. Sie verfügen über die Großrelaisstation der Voice of America in Liberia, sowie die Relaisstation der British Broadcasting Corporation auf Ascension, Frankreich, das im Augenblick außer in Mali, Guinea, Kongo-Léopoldville, Ruanda und Burundi alle Rundfunkstationen französischer Sprache zu 90 Prozent mit Programmen und Programmteilen versorgt sowie über eine Relaisstation in Brazzaville verfügt, hat sich ebenfalls inzwischen auf die neue Situation eingestellt. Die Bundesrepublik wird nicht umhin können, ebenfalls ihren Teil in diesem Wettkampf der Stimmen zu leisten. - Im Augenblick werden vorläufige Überlegungen angestellt, in welcher Form dieses erfolgen soll.